Kommentar

Strikte Vorgaben

Von Stephanie Hölzle



Der Staat hat seine Bürger zu schützen. Das ist seine ureigenste Aufgabe. Und da jede Waffe gefährlich ist, wäre es gewiss am besten, einfach alle Waffen zu verbieten. Es ist klar, dass sich das in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht umsetzen lässt. Wenn man sich aber dieser Einsicht schon beugt, dann muss das Ziel sein, möglichst wenige Waffen in der Bevölkerung zu haben. Das klappt nur, wenn man das Leben mit der Waffe so schwer wie nur möglich macht. Daher ist ganz klar, dass es ein striktes Waffenrecht geben muss. Die deutsche Variante ist im internationalen Vergleich schon relativ streng. Um es einfach zusammenzufassen: Alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten. Wer eine Waffe besitzen und vielleicht sogar benutzen möchte, muss bereits jetzt viele Auflagen erfüllen. Es ist ein aufwendiger bürokratischer Weg zur Waffenbesitzkarte oder zum Waffenschein. Wer denkt, er schaffe sich eine Waffe an, um dem nächtlichen Einbrecher ins Bein schießen zu können, sitzt einem Irrglauben auf: Der Zugang zur Waffe – auch zur eigenen – ist mit hohen Hürden versehen: Waffe und Munition müssen getrennt voneinander in verschlossenen Tresorschränken verwahrt sein. Der Transport darf nur in gesicherten Behältnissen erfolgen. Die Investitionen für all das sind beträchtlich – regelmäßig gibt es zudem häusliche Kontrollen, die ebenfalls bezahlt werden müssen. Bei Verstößen ist die Erlaubnis schnell dahin. Es ist also aufwendig und kostspielig, in Deutschland legal eine Waffe zu haben – auch als Sportschütze oder Jäger. Sie sind vom Waffenrecht und einer möglichen Verschärfung direkt betroffen. Daher ist es wichtig, dass sie bei der Debatte darum mit im Boot sitzen: Denn auch ihre Waffen können tödlich sein.

Verdächtige im Gefängnis

Baden-Baden/Rastatt (BT) – Gegen sieben der am Dienstag bei der Drogenrazzia in Baden-Baden und im Landkreis Rastatt festgenommenen Personen wurde ein Haftbefehl erlassen. Einer der Haftbefehle wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Die verbleibenden sechs Männer wurden in eine Justizvollzugsanstalt gebracht. Dort werden sie bis zum Beginn ihrer jeweiligen Hauptverhandlung bleiben. Im Zuge der groß angelegten Razzia in den frühen Morgenstunden des Dienstags wurden zudem zwei weitere Personen festgenommen, die in anderweitigen Verfahren mit Haftbefehl gesucht wurden. Hierbei handelte es sich überwiegend um Körperverletzungs- und Eigentumsdelikte. Die Männer wurden ebenfalls in Justizvollzugsanstalten bracht. Bei der Razzia wurden insgesamt 700 Gramm Amphetamin, 17 Gramm Kokain, 120 Gramm Cannabis, 180 Milliliter Methadon und 14 Gramm Heroin sichergestellt.

Waffenrecht: Kurstädter Schützen verärgert

Vereine wehren sich gegen eine Verschärfung / Vorsitzender: Zu Unrecht unter Generalverdacht gestellt

Von Stephanie Hölzle

Baden-Baden – Jede Waffe ist gefährlich. Das sieht auch Thomas Ihm so. Er ist Vorsitzender des Baden-Badener Schützenvereins Jagdschloss und somit im Umgang mit Waffen geschult und geübt. Er ist gerade ziemlich verärgert über den jüngsten Vorstoß von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), das Waffenrecht verschärfen zu wollen.

„Das bisherige Waffenrecht funktioniert sehr, sehr gut“, urteilt Ihm. Gemeinsam mit Armin Zeitvogel vom Schützenverein Sandweier, Michael Bauer (Lichtental) und Werner Fallert (Steinbach) hat er sich daher an die Öffentlichkeit gewandt: „Von unseren Vereinen und unseren Mitgliedern geht keine Gefahr aus“, betonen die drei.

Dennoch wären die Vereine von der angedachten Verschärfung des Waffenrechts, die ein weitgehendes Verbot halbautomatischer Waffen vorsieht, stark betroffen. Denn ein beträchtlicher Teil der Waffen, die Sportschützen nutzen, fallen in diese Kategorie.

Hakt man bei Ihm nach, spürt man: Er sieht sich und seine Vereinskameraden durch den Vorstoß, der im Nachgang der Reichbürger-Razzien im Dezember publik gemacht wurde, unter einem Generalverdacht, den er in keinster Weise akzeptieren kann. „Wir sind aus Überzeugung ‚rechtstreu’, so wie es uns die Ampelparteien im Koalitionsvertrag bestätigt haben“, formulieren es die drei Vorsitzenden. Ihm findet, dass gerade die Schützen eine hohe Verantwortung im Waffenrecht und zum Schutz für die gesamte Gesellschaft wahrnehmen.



Schießen als Hobby: Thomas Ihm betont die Aggressionsfreiheit des Sports. Foto: Stephanie Hölzle



Im Fokus einer politischen Debatte: Die Schützenvereine der Kurstadt beziehen Stellung gegen ein weitgehendes Verbot halbautomatischer Waffen. Foto: Federico Gambarini/dpa

Ihm spricht von einem Geflecht, das in Deutschland sehr gut ineinandergreife und in dem die Sportschützen ein wichtiges Element sind: Da ist zum einen das Waffenrecht, das festlegt, was zulässig ist und die Behörden umzusetzen haben. Dann gibt es die Sportordnung, die für die organisierten Schützen festlegt, was erlaubt ist. „Das ist alles mit den Behörden genau abgestimmt“, betont Ihm. Und dann übernehme der Verein selbst eine wichtige Funktion: Die Einbindung des Schützen in den Verein, die gemeinsame Verantwortung und die gegenseitige Kontrolle schütze vor missbräuchlichen oder gefährlichen Entwicklungen. Man nehme hier der öffentlichen Hand einiges an Arbeit in Bezug auf Kontrolle und Überwachung der Waffenbesitzer ab. Ihm gesteht aber auch ein: „Klar, kann man niemandem in den Kopf gucken.“

Aber jeder Vereinsschütze, der eine Waffe besitzen wolle, durchlaufe ein langes Prozedere. Er muss mehr als ein Jahr lang im Verein sein, mindestens ein Mal im Monat oder 18 Mal im Jahr dort aufschlagen und üben sowie sich von den Sicherheitsbehörden überprüfen lassen. Für Ihm, der ein ganzes Buch über das Schießen im Verein geschrieben hat, ist die Verschärfung fehlgeleitet: „Sie trifft die Falschen, nämlich uns und nicht die Kriminellen.“ Denn bei jenen und den illegalen Waffen und nicht bei den Vereinsschützen und Jägern liege das Problem für die Gesellschaft. Laut Ihm ist es viel zu einfach, an illegale Waffen zu kommen. Er hat zig Beispiele, wie das ganz leicht geht, betont aber sofort: „Die sollte man besser nicht publik machen.“ Die Waffen seien da und hier müsse der Staat ansetzen.

Es gebe zudem ein Bedürfnis in der Gesellschaft, Waffen zu besitzen und zu schießen. Dem Rechnung zu tragen, dafür sei der Schützenverein der beste Ort: Der Schießsport sei nicht aggressiv, es gehe um Konzentration. Schießen im Verein sei die beste, da sicherste Variante. Ihm: „Das könnte man auch mal wertschätzen.“

◆ **Kommentar**

Für den Pfarradministrator ist es eine Rückkehr

Der in Baden-Baden aufgewachsene Matthias Koffler leitet künftig die Katholische Seelsorgeeinheit

Von Michael Rudolphi

Baden-Baden. Rückkehr – das konnte Matthias Koffler sich sehr lange überhaupt nicht vorstellen. Jetzt macht er das einst Unvorstellbare: 38 Jahre nach seinem Wegzug kehrt Koffler in seinen Heimatort Baden-Baden zurück. Und zwar als Pfarradministrator in die Stadt, in der er aufgewachsen ist. Koffler ist ab 3. Juli für die Katholische Seelsorgeeinheit Baden-Baden verantwortlich. Deren bisheriger Leiter Michael Teipel wechselt auf eine Pfarrstelle in Konstanz.

Administrator heißt: Koffler übernimmt sein neues Amt vorerst kommissarisch und befristet bis Ende 2025, weil Freiburgs Erzbischof Stephan Burger die Pfarreien zum 1. Januar 2026 neu strukturieren möchte.

Künftig also wieder die Heimat der Kindheit und Jugend. Der heute 58 Jahre alte Koffler wohnte damals in Lichtental. Er hat am Gymnasium Hohenbaden sein Abitur gemacht. Klassisch-humanistisch hat er sich dort für das Studium von Kunst und Theologie gewappnet. Koffler ist derzeit Priesterlicher Mitarbeiter in Gernsbach-Obertsrot. Trotz der geografischen Nähe war es für ihn nicht einfach, an seinen neuen Wirkungsort Baden-Baden zu wechseln. „Das war in Freiburg schon ein Knackpunkt“, sagt Koffler im Gespräch mit unserer Redaktion. Die Personal-Kommission hatte seinen Wunsch zunächst nicht erfüllt.

Das Ordinariat sieht es grundsätzlich nicht gerne, wenn ein Pfarrer in seiner Heimatgemeinde wirkt. Erst ein Gespräch mit dem Erzbischof ebnete den Weg. „Es gab dann eine 180-Grad-Wende“, sagt Koffler. Er kehrt nach fast vier Jahrzehnten zu seinen biografischen Wurzeln zurück. „Baden-Baden ist eine attraktive Stadt. Ich habe sie erst schätzen gelernt, als ich gar nicht mehr dort gewohnt habe“, sagt der Seelsorger.



Einer der neuen Wirkungsorte: Matthias Koffler leitet künftig auch Gottesdienste in der Stiftskirche. Foto: Michael Rudolphi

Diese neue Sicht auf die frühere Heimat ist ein Grund, warum er sich für Baden-Baden entschieden hat. Und noch etwas schwingt dabei mit: „Ich glaube zu wissen, wie die Menschen dort ticken.“

Mit diesem Wissen möchte er die Seelsorgeeinheit mit ihren sieben Gemeinden leiten. Koffler weiß, worauf er sich einlässt. Baden-Baden sei teilweise geprägt von großen Gegensätzen: arm und reich oder jung und alt. Der Geistliche möchte für alle Menschen dasein, ausdrücklich auch für diejenigen, die nicht in die Kirche gehen.

„Ich möchte schauen, wo es brennt“, sagt Koffler. Für ihn hat Kirche auch einen sozialen Auftrag. Sie müsse sich mehr um gesellschaftliche Themen kümmern. Als Seelsorger sei er gefordert, den Mund aufzumachen und auf Missstände hinzuweisen.

Hin und wieder anecken, nicht stromlinienförmig sein – für Koffler ist das essentiell. Das bringt er auch mit seinem Äußeren zum Ausdruck. Schulterlanges Haar, ein Ring im Ohr, Kapuzenpulli, Parka und grell orangefarbene Turnschuhe – sein Outfit beim Redaktionsgespräch entspricht nicht unbedingt dem gängigen Klischee eines katholischen Pfarrers.

Er kann seine neuen Aufgaben nicht allein stemmen, das ist Koffler bewusst. „In unserem Seelsorgeteam gibt es aber viele tolle Frauen und Männer“, sagt er. Er möchte alle, die sich einbringen wollen, motivieren, mitnehmen, koordinieren und auch mal provozieren. Er vertraut auf Menschen, die etwas machen wollen und Ideen haben. Einfach mal loslegen, das sei entscheidend. „Dann können wir schauen, ob es gut ist.“

Kirche als Vollversorgung der Gläubigen – das ist Koffler zufolge längst vorbei. Die Arbeit in einer Seelsorgeeinheit erfordere ein Hin und Her sowie ein Miteinander. Ein Pfarrer habe nicht nur Verantwortung für die Gemeinde, sondern auch umgekehrt. Da gebe es eben auch Grenzen. „Ich weiß, dass ich Menschen an der einen oder anderen Stelle enttäuschen muss“, sagt Koffler.

Der Pfarrer ist überzeugt: Bestimmte Aufgaben muss ein anderer übernehmen. Verwaltung zum Beispiel. Das habe er nie gelernt, räumt Koffler ein. Andere könnten das besser. Es freut ihn, mit Johannes-Jürgen Laub einen versierten Verwaltungsleiter an seiner Seite zu haben. Was in Baden-Baden bislang ein Pilotprojekt ist, könnte nach Kofflers Einschätzung durchaus ein Modell für die Pastoral 2030 werden.

„Ich möchte einfach wieder mehr Pfarrer sein dürfen“, sagt Koffler. Er hält es dabei mit dem Heiligen Augustinus, der angeblich gesagt hat: „Mensch, lerne tanzen, sonst wissen die Engel im Himmel nichts mit dir anzufangen.“ Das wünscht Koffler sich auch für die Kirche von heute: Weniger verkopft, mehr mit dem Herzen und immer in Bewegung.

Zum Thema

Pfarrer oder Pfarradministrator

Wo ist der Unterschied? Ein Pfarradministrator ist, bei exakt gleichem Einkommen und gleichen Aufgaben wie ein Pfarrer, rechtlich gesehen lediglich ein kommissarischer Verwalter einer Pfarrstelle. Ein Pfarrer auf Abruf. Der Bischof kann ihn beliebig versetzen. Bei einem Pfarrer geht das nicht. Dessen Stellung ist vom Kirchenrecht, dem Codex Iuris Canonici (CIC), klar definiert. „Der Pfarrer muss Beständigkeit im Amt besitzen und ist deshalb auf unbegrenzte Zeit zu ernennen“, heißt es dort.

Auftrag: Ein Pfarradministrator bekommt die Aufgaben eines Pfarrers befristet übertragen. Er besitzt in der Regel die gleichen Rechte und Pflichten wie ein Pfarrer. (mr)